

Antrag

Initiator*innen: Laurenz Schulz (CampusGrün Münster)

Titel: **Gegen neoliberale Regelstudienzeiten. Für mehr Individualität im Studium!**

Antragstext

Die 52. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Ursprünglich als studierendenfreundlicher Rechtsanspruch konzipiert, um nicht während des Studiums die Streichung des Studiengangs befürchten zu müssen, dient die Regelstudienzeit heute zunehmend als Instrument politischer Steuerung und neoliberaler Optimierung. Die normative Umdeutung hin zu einem Maßstab für ‚richtiges‘ oder ‚falsches‘ Studieren führt zu finanziellen und psychischen Belastungen sowie gesellschaftlicher Stigmatisierung. Dies gilt es zu kritisieren. Wer länger studiert, gilt als „zu langsam“, was insbesondere durch das BAföG-System sanktioniert wird. Die Lebensrealität vieler Studierender findet dabei kaum Berücksichtigung. Idealisierte Bedingungen fürs Studium scheitern tagtäglich an überfüllten Lehrveranstaltungen, Lohnarbeit zur Finanzierung des Lebensunterhalts, psychischen Belastungen, gesundheitlichen Einschränkungen oder Care-Arbeit. Dennoch wird die Regelstudienzeit als Maßstab gesetzt, obwohl nur etwa jede dritte Person ihr Bachelorstudium innerhalb dieser Zeit abschließt.

Es braucht eine nachhaltige strukturelle Neuausrichtung der Studienzeitregelungen und einen klaren Bruch mit der Funktion der Regelstudienzeit als Druckmittel.

Als CampusGrün fordern wir:

1. Die Abschaffung der Regelstudienzeit als restriktives Kontrollinstrument

21 sowie die Rückkehr zu einem ausschließlichen studierendenorientierten
22 Rechtsanspruch.

23 2. Eine Entkopplung des BAföG-Anspruchs vom Kriterium der Regelstudienzeit
24 und eine Kopplung an flexiblere individuelle Regelungen.

25 3. Eine umfassende Reform der Studiengangsgestaltung, die mehr Flexibilität
26 sicherstellt.

27 4. Die Entwicklung eines bundesweit einheitlichen Modells einer `flexiblen
28 Studienzeit`, das individuelle Lebensrealitäten berücksichtigt,
29 Planungssicherheit gibt und Studierende nachhaltig entlastet.

30 5. Mehr Räume für kritisches Denken, gesellschaftliches Engagement,
31 persönliche Selbstentfaltung und wissenschaftliche Neugier im Studium, um
32 junge Erwachsene nicht bloß schnellstmöglich dem Arbeitsmarkt zur
33 Verfügung zu stellen.

34 Der Bundesvorstand wird beauftragt, diese Positionen aktiv in die politische
35 Arbeit von CampusGrün einzubringen. Insbesondere soll er:

- 36 • Sich öffentlich klar gegen die derzeitige Ausgestaltung der
37 Regelstudienzeit positionieren
- 38 • Sich auf Bundesebene für die Entkopplung des BAföG-Anspruches einsetzen
- 39 • Umfassende Reformen der Studienzeitregelungen gegenüber politischen
40 Akteur*innen einzufordern
- 41 • Verstärkt auf Belastungen, Stigmatisierungen und soziale Ungleichheiten
42 hinweisen, die durch die aktuellen Regelungen entstehen"

Begründung

Die Regelstudienzeit erfüllt längst nicht mehr ihren ursprünglichen Zweck. Was einst als Garant für verlässliche Planung und transparente Studienstrukturen gedacht war, wurde normativ umgedeutet und politisch instrumentalisiert. Sie ist zu einem Maßstab geworden, der die Lebensrealitäten vieler Studierender ignoriert.

Gerade in einem Hochschulsystem, das zunehmend durch neoliberale Mantren wie Effizienzsteigerung, Optimierung oder Wettbewerb geprägt ist, fungiert die Regelstudienzeit als Hebel zur schnellstmöglichen Verwertung auf dem Arbeitsmarkt. Statt Räume für kritisches Denken, gesellschaftliches Engagement, persönliche Entwicklung und wissenschaftliche Neugier zu ermöglichen, werden Studierende in ein System gezwungen, das zu Stress, finanzieller Not, psychischer Belastung und Stigmatisierung führt.

Dies betrifft besonders diejenigen, die ohnehin strukturell benachteiligt sind. Studierende aus nicht-akademischen Haushalten, Studierende mit Care-Verpflichtungen, Studierende mit Behinderungen, Studierende, die psychische oder andere gesundheitliche Probleme bewältigen, oder Studierende, die neben ihrem Studium arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Sie alle werden durch eine starre, idealisierte Studienzeitdefinition benachteiligt.

Eine nachhaltige Neuausrichtung ist dringend notwendig. Ein progressives, gerechtes und zukunftsfähiges Hochschulsystem darf die Vielfalt von Lebenswegen nicht als Ausnahme, sondern als Normalität begreifen. CampusGrün muss sich klar positionieren, um einen hochschulpolitischen Wandel maßgeblich mitzugestalten.

Antrag

Initiator*innen: Campusgrün Bundesvorstand (dort beschlossen am: 27.11.2025)

Titel: In Zukunft Verein(t)

Antragstext

1 Die 52.Bundesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 „In Umsetzung des Beschluss der 44. BMV:

3 *Campusgrün – Grüne Hochschulgruppen e.V. ist die einzige Dach-Organisation der*
4 *grün-alternativen Hochschulgruppen in Deutschland. Der Campusgrün Bundesverband*
5 *erkennt die Satzung von Campusgrün – Grüne Hochschulgruppen e.V. in der Fassung*
6 *vom 29.09.2025 an. Die Delegiertenversammlungen von Campusgrün – Grüne*
7 *Hochschulgruppen e.V. treten an die Stelle der bisherigen*
8 *Mitgliederversammlungen des Bundesverbandes. Auf der Delegiertenversammlung soll*
9 *der nächste Vorstand gewählt, sowie eine neue Geschäfts- und Finanzordnung*
10 *beschlossen werden.*

11 *Der Beschluss tritt umgehend in Kraft.“*

Begründung

Umsetzung des Beschlusses „Solide Strukturen für einen wachsenden Verband“ der 44 BMV [[Link](#)].

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!**
(vertagt von 51. BMV)

Antragstext

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen. Auch an Hochschulen erleben BIPOC-Personen täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC-Personen zuhören, ihren Forderungen nachkommen und unsere Privilegien nutzen, um Diskriminierung und Rassismus abzubauen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien zu verankern.

Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen. Lorenz' Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. Dass Communities die Aufklärung einfordern müssen, damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und Behörden ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen

23 müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.”

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **KOSTENLOSES SEMESTERTICKET JETZT!**
(vertagt von 51. BMV)

Antragstext

1 Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

2 *“Die Klimakatastrohe ist eine der existenziellen Bedrohungen unserer Zeit. Der*
3 *Koalitionsvertrag der Union und SPD lässt nicht drauf schließen, dass die*
4 *Dringlichkeit verstanden wird. CampusGrün muss daher auf lokaler Ebene sowie in*
5 *Interaktion mit den Verantwortungsträger*innen auf Bundesebene laut für die*
6 *Einhaltung des Pariser Klimaabkommens eintreten und für den schnellsten Weg zur*
7 *Klimaneutralität kämpfen! Um Emissionen zu reduzieren brauchen wir eine*
8 *Mobilitätswende. Das bundesweite Semesterticket ist dabei ein großer, wichtiger*
9 *Schritt, der insbesondere Studierenden und weiteren größtenteils finanziell*
10 *benachteiligten Personengruppen zugutekommt. Daher darf das Semesterticket nicht*
11 *teuer werden! Im Gegenteil, wir fordern kostenlosen öffentlichen*
12 *Personennahverkehr für alle jungen Menschen und Menschen im Niedriglohnsektor in*
13 *Deutschland. Das würde nicht nur die finanzielle Belastung reduzieren, sondern*
14 *auch die Verkehrswende entscheidend voranbringen. Einer von vielen Schritten,*
15 *die es jetzt zu gehen gilt. Bis die Forderungen des kostenlosen Nahverkehrs*
16 *erfüllt sind, muss ein kostengünstiges Deutschlandsemesterticket gewährleistet*
17 *sein. Dies ist nur durch eine Entkopplung vom Preis des Deutschlandtickets*
18 *möglich.“*

Begründung

Aus gegeben Anlass zum Start der Koalition aus Union und SPD müssen wir umso lauter für unsere Forderungen eintreten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.